

Asyl- und Flüchtlingspolitik

HERAUSFORDERUNGEN GEMEINSAM BEWÄLTIGEN

30.09.2015

Bayern kommt angesichts der weiterhin hohen Flüchtlingsströme eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der gewaltigen europäischen Herausforderungen zu. Wir brauchen eine **echte Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund, Länder und Kommunen**.

Unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Verwaltungen und Behörden in den Ländern und Kommunen, unsere Polizei und Sicherheitskräfte, unsere Wohlfahrtsverbände und unsere Hilfs- und Rettungsorganisationen dürfen jedoch nicht überfordert werden. **Wir lassen sie nicht alleine mit ihren Sorgen, Ängsten und Befürchtungen**. Gleichzeitig steht für uns als christliche Partei auch außer Frage, dass wir keine Hetze oder **Fremdenfeindlichkeit** dulden.

Wir haben bereits bei unserer Klausurtagung in Wildbad Kreuth im Januar 2015 die öffentliche Diskussion über eine klare und ausgewogene Asylpolitik in Deutschland angestoßen:

- ◆ **Vorrangige Hilfe für Kriegsflüchtlinge:** wem kein Asyl zusteht, der hat unser Land wieder zügig zu verlassen, alle Länder müssen hierzu beitragen.
- ◆ **Asylverfahren weiter beschleunigen:** Personalaufstockung und Beschleunigung der Verfahren durch gezielte Verfahrensführung.
- ◆ **Ausweisungen erleichtern:** keine unbegrenzten Wintererlasse und Beschäftigungsverbote für Geduldete.
- ◆ **Versorgung und Unterbringung verbessern:** Entlastung der Kommunen und finanzielles Engagement des Bundes.
- ◆ **Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sicherstellen:** gerechte und bundesweite Verteilung.
- ◆ **Hilfe in Krisenregionen ausweiten:** Hilfe vor Ort in den Krisenregionen am wirkungsvollsten.

Für uns stand schon immer fest: Es muss zwischen wirklich Schutzbedürftigen und denen, die diese Schutzbedürftigkeit nur vorgeben, deutlich unterschieden werden. Wem nach rechtskräftiger Entscheidung kein Aufenthaltsrecht zusteht, der muss Deutschland zügig wieder verlassen.

Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz – ein erster Schritt

Aufgrund unserer Initiative haben wir ein Asylpaket auf den Weg gebracht. Dieses soll zum 1. November 2015 in Kraft treten. Es enthält zahlreiche Änderungen des geltenden Rechts, die das Verfahren beschleunigen und dem Missbrauch vorbeugen sollen:

- ◆ **Albanien, Kosovo und Montenegro** und damit **alle Westbalkanländer** werden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt.
- ◆ Asylbewerber aus **sicheren Herkunftsstaaten** werden nun bis zum Ende des Verfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und nicht auf die Kommunen oder staatliche Gemeinschaftsunterkünfte verteilt.
- ◆ Für alle Antragsteller wird die **Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen** von **drei auf sechs Monate** erhöht. Flankierend dazu werden Anreizfaktoren verringert. Geldleistungen werden nur noch einen Monat im Voraus ausbezahlt. Sachleistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen erhalten Vorrang. Für **vollziehbar Ausreisepflichtige**, deren Ausreisedatum bereits feststeht, wird die Unterstützung auf das sog. physische Existenzminimum begrenzt.
- ◆ Für Asylbewerber aus **sicheren Herkunftsstaaten**, die nach dem 1. September 2015 einen Asylantrag gestellt haben, gilt ein **Beschäftigungsverbot**.
- ◆ Zudem haben sich Bund und Länder zur konsequenten **Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten** verständigt. Abschiebungen dürfen künftig nicht mehr sechs, sondern nur noch drei Monate ausgesetzt werden.
- ◆ **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**: Der Bund wird sich nun erstmalig an den immensen Kosten mit einem finanziellen Beitrag von 350 Millionen jährlich beteiligen. Zudem ist eine **bundesweite Verteilung** der Minderjährigen vorgesehen, um besonders betroffene Länder – wie Bayern – zu entlasten.
- ◆ Die Strafbarkeit von **Schleusern** wird deutlich verschärft; zudem wird es einfacher sein, deren Vermögen einzuziehen.
- ◆ Um **Integration** zu fördern wird es ein verbessertes Angebot an Sprachkursen und berufsvorbereitenden Kursen für Asylbewerber geben.
- ◆ Der **Bund** unterstützt **Länder und Kommunen** umfassend: Weitere Entlastung der Länder um eine zusätzliche Milliarde in 2015 und die teilweise Übernahme der Kosten für die Zeit von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheides durch das BAMF ab 1. Januar 2016 in Höhe von 670 Euro monatlich pro Asylbewerber.
- ◆ Entlastung und Erleichterungen für die Länder und Kommunen bei **Errichtung von Unterkünften**: zahlreiche Abweichungen von baurechtlichen Standards; auch die Vorschriften zum Einsatz erneuerbarer Energien werden erleichtert; ebenso bei den energetischen Anforderungen an Wärmeschutz bzw. Anlagentechnik in Gebäuden für Asylbewerber und Flüchtlinge.

Das Asylpaket ist ein erster wichtiger und richtiger Schritt um auf die Flüchtlingskrise zu reagieren. Auf der Tagesordnung bleiben alle Maßnahmen um den Zuzug zu begrenzen. Dazu sind weitere Schritte zu prüfen und zu ergreifen.

Herausforderungen auf allen Ebenen

Bereits in Kreuth haben wir gesagt: „Hilfe ist vor Ort in den Krisenregionen am wirkungsvollsten. Sie ist der beste Weg, um mit begrenzten Ressourcen möglichst viele Hilfsbedürftige zu erreichen“.

Die Bundesregierung hat sich daher bei den **Staats- und Regierungschefs** der Europäischen Union dafür stark gemacht, dass

- ♦ die Finanzmittel für das **Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)**, des **Welternährungsprogramms** und anderer Institutionen sowie den EU-Treuhandfonds für Afrika erhöht werden,
- ♦ von der syrischen Flüchtlingskrise besonders betroffene Anrainerstaaten wie **Libanon, Jordanien** und die **Türkei** finanziell und logistisch unterstützt werden,
- ♦ die **EU-Außengrenzen** durch zusätzliche Ressourcen der EU-Grenzschutzagentur Frontex, des Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen EASO und Europol sowie durch Unterstützung durch die Mitgliedstaaten besser **gesichert** werden,
- ♦ in **Erstankunftsländern** (wie Italien und Griechenland) Registrierungszentren (sog. **Hot Spots**) eingerichtet werden sollen, in denen bereits die Identifizierung und Registrierung erfolgt, um von dort Umsiedlungen bzw. Rückführungen zu ermöglichen;
- ♦ mit der Marineoperation **EUNAVFOR MED** das Geschäftsmodell des Menschenschmuggels- unterbunden und entstandene Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer zerschlagen werden;
- ♦ in Bezug auf **Syrien** stärkere **internationale Anstrengungen** zur Lösung des Konflikts unter Beteiligung der Europäischen Union unternommen werden sollen.

Fazit

Wir befinden uns in einer **extremen Ausnahmesituation**, die wir nicht dauerhaft **stemmen** können. Die richtigen Antworten kann es nur bei einem abgestimmten und koordinierten Vorgehen auf allen Ebenen geben. Schließlich sind unsere **Aufnahmekapazität** und die **Integrationsfähigkeit Deutschlands und Europas** nicht unendlich. Dennoch bekennen wir uns zu unseren christlichen Werten und fühlen uns verpflichtet, Menschen vor Krieg und Terror zu retten und in Not zu helfen.

Die CSU-Landesgruppe war und bleibt damit Impulsgeber für eine ausgewogene und klare Asylpolitik.